Persönliche Ausgabe für ralph.heinemeier@boffzen.de

Die Daten sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.

Täglicher Anzeiger

HOLZMINDEN SEIT 1777

Nr. 55 / 1,75 €

Sonnabend/Sonntag, 6./7. März 2021

www.tah.de

Eiskalt serviert

Seite 15

Aktion: „Holzminden blüht auf“

HOLZMINDEN (spe). Die Obere Straße soll ergrünen, die Aktion „Holzminden blüht auf“ heißen. ▶ SEITE: 16

„Terminshopping“ nach dem Lockdown

HOLZMINDEN (spe). Der Einzelhandel startet am Montag mit „Terminshopping“ nach dem Lockdown. ▶ SEITE: 17

Nach 30 Minuten stehen genug Freiwillige parat

BOFFZEN (rei). Boffzens Samtgemeindebürgermeister Tino Wenkel ist mächtig stolz: 450 Bürger über 80 Jahre ließen sich in den vergangenen Tagen in Boffzen, Fürstenberg (auf dem Foto Klaus Bielenberg), Derental und Lauenförde vom Mobilen Impfteam des Impfzentrums Holzminden „pieksen“. Die erste dezentrale Impfaktion im Kreis Holzminden hat bestens geklappt – vor allem auch dank einer großen Zahl ehrenamtlicher Helfer. Die hatte Wenkel schon nach 30 Minuten zusammentelefoniert – und nach weiteren drei Stunden waren 661 persönliche Anschreiben an die impfberechtigten Bürger fertig. Boffzen hat gezeigt, wie es laufen kann. Jetzt sind die anderen Kommunen an der Reihe. Denn die dezentralen Impfaktionen sollen fortgesetzt werden. Foto: Wenkel ▶ SEITE: 15

WETTER

HEUTE	MORGEN
6° | -1°	6° | 1°

POLITIK

Gericht bremst Verfassungsschutz

KÖLN. Das Verwaltungsgericht Köln hat dem Bundesamt für Verfassungsschutz vorübergehend untersagt, die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall einzustufen. Das Gericht stimmte am Freitag einem Antrag der Partei auf eine Zwischenregelung zu. Bis zur Entscheidung über den von der AfD gestellten Eilantrag dürfe der Verfassungsschutz die Partei nicht als Verdachtsfall einstufen oder entsprechend behandeln, hieß es.

PANORAMA

Dieter Wedel wird angeklagt

MÜNCHEN. Die Staatsanwaltschaft München I hat Anklage gegen Regisseur Dieter Wedel wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung erhoben. Das teilte die Behörde am Freitag mit. Wedel bestreitet die Vorwürfe, seine Anwältin spricht von einer Vorverurteilung. Die Schauspielerin Jany Tempel gibt an, Wedel („Der große Bellheim“) habe sie 1996 in einem Münchner Hotel zum Sex gezwungen.

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion: 05531/9304-31
redaktion@tah.de
Anzeigen: 05531/9304-40
anzeigen@tah.de
Aboservice: 05531/9304-38
vertrieb@tah.de
Zentrale: 05531/9304-0
info@tah. de
Anschrift: 37603 Holzminden
Zeppelinstraße 10

4 192387 901752 60009

Neue Sozialministerin will „Impfpakt“ für Niedersachsen

Behrens: Beteiligte müssen an einem Strang ziehen – Gewerkschaft kritisiert Kita-Öffnungen

VON MICHAEL EVERS UND CHRISTOPHER WECKWERTH

HANNOVER. Niedersachsens neue Gesundheitsministerin Daniela Behrens will der holprigen Corona-Impfkampagne mehr Schwung verleihen. „Die Impfungen und die Testungen sind für die Bewältigung der Pandemie entscheidend“, erklärte die SPD-Politikerin nach ihrer Vereidigung im Landtag am Freitag. Es gehe darum, Perspektiven aus dem Lockdown zu gestalten. „Die oberste Priorität hat dabei ganz klar die Impfkampagne, die ich weiter voranbringen möchte.“

Bisher hat lediglich etwas mehr als jeder 20. in Niedersachsen seine erste Impfung erhalten. Eine geringere Quote weisen derzeit nur Sachsen-Anhalt und Hessen aus. Behrens fordert, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen, „insbesondere die Kommunen, die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, die Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen und das Land“. Um Hürden abzubauen und einen „Impfpakt“ zu schließen, wolle sie in Kürze alle Akteure an einen Tisch holen.

> **Wir kritisieren, mit welcher Eile plötzlich in den Regelbetrieb gewechselt wird.**
> **Katja Wingelewski,** Verdi

Der künftige Corona-Kurs beschäftigte nach Behrens' Vereidigung den Landtag in seiner Sondersitzung. Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) kündigte in einer Regierungserklärung an, die geplante Einbindung von mehr als 5000 Hausarztpraxen in Niedersachsen in die Impfkampagne werde das Tempo der Impfungen nachhaltig beschleunigen.

Eine echte Entspannung der Infektionslage ist trotz des Lockdowns derzeit nicht in Sicht. Die Zahl der neuen Corona-Ansteckungen in Niedersachsen lag am Freitag mit 948 nur leicht unter dem Wert eine Woche zuvor (1058). Der Sieben-Tage-Wert sank im Vergleich zur Vorwoche von 69,7 auf 64,2.

Die für Montag angekündigte Öffnung der Kitas ruft bei den Beschäftigten vor diesem Hintergrund Kritik hervor. „Wir kritisieren, mit welcher Eile plötzlich in den Regelbetrieb gewechselt wird – ohne dass es eine stimmige Teststrategie für Beschäftigte und Kinder oder eine verlässliche Perspektive hinsichtlich der Impfangebote gibt“, sagte Katja Wingelewski von der Gewerkschaft Verdi.

Der Schulleitungsverband forderte zudem ein schnelles Impfangebot für alle Schulbeschäftigten. Für Grundschüler und Abschlussklassen gilt von Montag an wieder die Präsenzpflicht. Am 15. März kehren die Klassen fünf bis sieben sowie der zwölfte Jahrgang in den Wechselunterricht zurück. Vom 22. März an sollen alle weiteren Jahrgänge wieder im Wechselmodell unterrichtet werden.

Voraussetzung ist, dass die regionale Sieben-Tage-Inzidenz unter 100 liegt. In Niedersachsen sind momentan die Region Hannover sowie die Landkreise Vechta, Cloppenburg und Wesermarsch über dieser Schwelle.

Rund 3,2 Millionen Corona-Selbsttests für die Schulen hat das Land bisher bestellt. Die Tests seien für zwei Runden vor und nach den Osterferien vorgesehen. Das Personal und die Schüler sollen damit jeweils einmal pro Woche getestet werden.

Atomausstieg: Einigung auf Entschädigung

BERLIN. Die Bundesregierung hat sich nach jahrelangem Rechtsstreit mit den Energiekonzernen auf eine Entschädigungssumme für den beschleunigten Atomausstieg geeinigt. Wie aus einer gemeinsamen Erklärung von Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftsministerium von Freitag hervorgeht, sollen RWE, Vattenfall, Eon/Preussen-Elektra und EnBW gemeinsam 2,43 Milliarden Euro Ausgleich für entgangene Gewinne und umsonst getätigte Investitionen erhalten.

Der Anspruch auf Entschädigung war den Konzernen durch den überraschenden Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie im Jahr 2011 entstanden. Mit der Kehrtwende nach dem Reaktorunglück von Fukushima, das sich am 11. März zum zehnten Mal jährt, hatte die damalige Bundesregierung die erst wenige Monate zuvor beschlossenen Laufzeitverlängerungen zurückgenommen und feste Abschalttermine für die Atommeiler festgelegt.

Osnabrück bangt um Millionenanlage

Stadt tätigte Termingeldgeschäft bei der von der Aufsicht geschlossenen Bremer Greensill-Bank

VON ELMAR STEPHAN

OSNABRÜCK. Die Stadt Osnabrück fürchtet aufgrund eines Termingeldgeschäfts bei der in Turbulenzen geratenen und inzwischen geschlossenen Bremer Greensill-Bank um 14 Millionen Euro. Die Stadt habe im November 11,5 Millionen Euro aufgrund des guten Ratings bei Greensill angelegt, sagte am Freitag der Osnabrücker Finanzvorstand Thomas Fillep. Außerdem gab es zwei weitere kleinere Geldanlagen im Millionenbereich bei der Bremer Bank. Das Geld hätte im April zurückgezahlt werden müssen.

Am Mittwoch hatte die Finanzaufsicht Bafin die Bremer Greensill Bank AG aufgrund drohender Überschuldung dichtgemacht. Das zum britisch-australischen Finanzkonglomerat Greensill gehörende Institut wurde mit sofortiger Wirkung für den Kundenverkehr geschlossen. Die Bremer Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Greensill Bank bot in Zeiten von Null- und Negativzinsen Tages- und Festgeldanlagen mit ungewöhnlich hohen Zinsen an.

Wenn die Aufsicht den Entschädigungsfall feststellt, springt der Einlagensicherungsfonds der privaten Banken für Gelder von Privatpersonen ein. Privatbanken haben – zusätzlich zur gesetzlichen Einlagensicherung – auf freiwilliger Basis noch einen weiteren Topf gefüllt. Seit dem 1. Oktober 2017 profitieren aber Bund, Länder und Kommunen sowie bestimmte Wertpapierfirmen nicht mehr von dieser freiwilligen Einlagensicherung der privaten Institute.

„Gegen aktiven Betrug, der nur mit einer großen kriminellen Energie begangen werden kann, ist kein ordentlicher Kaufmann gefeit“, sagte Fillep. Er kritisierte die Bankenaufsicht Bafin, die Berichten zufolge bereits im September und Oktober 2020 eine Sonderprüfung der Bank vorgenommen hatte. „Ein Hinweis an die Kommunen, etwa über die kommunalen Spitzenverbände, hätte genügt, dass wir mit dieser Bank zunächst keine Geschäfte mehr gemacht hätten“, meinte Fillep.

Die Greensill-Bank wurde für den Kundenverkehr geschlossen. FOTO: SINA SCHULDT/DPA

Persönliche Ausgabe für ralph.heinemeier@boffzen.de

Die Daten sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.